№ 527
A 222

Morgen-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 7. November 1923

Vossische Zeitung

15 Milliarden

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 50 Milliarden Mark durch Boten. Postbezugspreis und Streifbandsendungen freibleibend. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Grundpreis 50 Pfg mal Schlüsselzahl 60 Milliarden. Familienanzeigen 5 Pf. mal halber Schlüsselzahl. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard, Verantw Redakteur (m Ausnahme d. Handels.): Carl Misch, Berlin Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein Amt Dönhoff 3690 — 3693 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Baldige Ausgabe des Rentengeldes.

Beschleunigter Druck und Prägung

Mit der Herstellung der Rentenbankscheine war, wie halbamtlich mitgeteilt wird, noch vor Inkrafttreten der Verordnung über die Rentenbank begonnen worden; die starke Inanspruchnahme der Reichsdruckerei und der mit ihr zusammenarbeitenden Privatdruckereien für die Zwecke der Herstellung der Reichsbanknoten und der Goldanleihestücke hat die technischen Möglichkeiten der Herstellung erheblich eingeschränkt. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß die Herstellung eines so hochwertigen Zahlungsmittels, wie es die Rentenmark ist, im Interesse der Verkehrssicherheit weitgehende Vorsichtsmaßregeln erfordert.

Die erste Menge Rentenbankscheine war am 30. Oktober fertiggestellt, und zwar wurde damals der zunächst kleine Betrag von 150 000 M. erreicht. Am 31. Oktober war er auf 450 000 M., am 1. November auf 2 950 000 M., am 5. November auf 17 750 000 M. gestiegen. Am 13. November werden 105 Millionen Rentenmark fertiggestellt sein, bis zum 15. November soll dann der Betrag der bis dahin insgesamt hergestellten Rentenbankscheine auf 243 Millionen Mark steigen.

Auch die Herstellung der Rentenpfennige ist in die Wege geleitet; die Berliner Münze wird, nachdem alle Vorarbeiten unter Inanspruchnahme der Privatindustrie getroffen sind, noch in dieser Woche mit der Prägung beginnen.

Der Tag, an dem das Rentengeld herauskommen wird, läßt sich noch nicht mit Sicherheit angeben, weil eine sorgsame Verteilung über das ganze Reich vorausgehen muß; man darf aber darauf rechnen, daß die Rentenmark und der Rentenpfennig sehr bald in die Hauptkanäle des Zahlungswesens eindringen und dem Verkehr zur Verfügung stehen werden. An dem gleichen Tage, an dem mit der Herausgabe der Rentenmark begonnen wird, hört, entsprechend den Bestimmungen über die Rentenbank, die Inanspruchnahme der Reichsbank durch Diskontierung von Reichsschatzwechseln auf, mit der weitgehenden praktischen Bedeutung, daß die Inflationsquelle verstopft und die Tätigkeit der Notenpresse stillgelegt wird.

Die Ergänzung des Reichskabinetts.

Kein Eintritt der Deutschnationalen.

Im Reichstage, wo gestern mehrere Fraktionen tagten oder Fraktionsvorstände berieten, war man — soweit die auf einen Umsturz abzielenden Bestrebungen der Rechtsradikalen in Frage kamen — zu einer wesentlich ruhigeren Beurteilung gelangt. Man glaubt, daß die Abwehrmaßnahmen der Reichsregierung, auch wenn sie von einzelnen Parteien nicht für ausreichend angesehen werden, auf die rechtsradikalen Verbände doch stark abkühlend gewirkt haben, und daß eine Attacke gegen die Republik und die Verfassung von dieser Seite in der nächsten Zeit nicht zu gewärtigen ist. Daß diese Verbände untereinander in ihren Zielen uneinig sind, und daß sich bei ihnen die verschiedensten Pläne durcheinander kreuzen, mag wesentlich mit dazu beitragen, daß man jetzt im rechtsradikalen Lager alle Putschabsichten ableugnet, nachdem man noch vor wenigen Tagen mit ihnen offen gedroht hatte. Für weit ernster sah man gestern innerhalb der politischen Parteien die Gefahrenmomente an, die sich aus der außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Lage ergeben. Die Hauptsorge bleibt doch die Schaffung einer stabilen Währung, die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Lebensmittelpreise, die Verringerung der Arbeitslosigkeit. Niemals noch ist die innere Politik so ausschließlich eine Magenfrage gewesen wie jetzt.

Die Erörterungen innerhalb der Parteien galten auch der Koalitionsbildung und der Ergänzung des Reichskabinettes, die gestern noch nicht erfolgt ist, aber vielleicht heute möglich sein wird. Es wurde bekanntet, daß innerhalb der Deutschen Volkspartei die Strömung für eine Koalition aller bürgerlichen Parteien, also mit Einschluß der Deutschnationalen, stark gewachsen sei, und daß von der Deutschen Volkspartei beim Zentrum und bei den Demokraten sondiert worden sei, wie sie sich zu einem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung verhalten würden. Eine Besprechung des deutschnationalen Führers Abg. Dr. Hergt mit dem Reichskanzler wurde damit in Zusammenhang gebracht. Es könne von vorneherein für gewiß gelten, daß weder Zentrum noch Demokraten für eine derart ausgesprochene Rechtsorientierung zu gewinnen sein würden. Aber die Frage war gar nicht aktuell. Die Deutschnationalen beharren darauf, daß sie in eine parlamentarische Koalition nicht eintreten. Sie sehen das Heil in einer Diktatur, natürlich einer ausgesprochenen Rechtsdiktatur mit einer militärischen Spitze. Wie das Direktorium oder wie man es sonst nennen will, aussehen soll, das Deutschland mit diktatorischer Gewalt zu regieren hätte, weiß man bereits. Die Namen Minoux und Wiedfeld werden noch immer genannt. Wenn also auch die Deutsche Volkspartei eine Koalition aller bürgerlichen Parteien anstreben sollte, die Voraussetzungen sind einerseits infolge der Weigerung der Deutschnationalen, anderseits durch die Ablehnung einer Rechtsorientierung durch Demokraten und Zentrum nicht gegeben.

Im übrigen hörte man gestern abend, daß die Deutsche Volkspartei dem Reichskanzler, der an ihrer Fraktionssitzung teilnahm, volle Handlungsfreiheit hinsichtlich der Ergänzung des Kabinettes gelassen habe.

Der Epilog von Lausanne.

Von

Dr. Julius Becker.

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Lausanne, 3. November.**

Auf zwei Wochen genau ist es ein Jahr her, daß in dem gleichen Saale, am 20. November 1922, die Lausanner Orient-Friedenskonferenz vom schweizerischen Bundespräsidenten Haab eröffnet wurde, in dem am Montag, 5. November, das Komplott zur Ermordung des russischen Delegierten Worowsky zur Aburteilung gelangt. Ein sonderbarer Zufall hat es gefügt, daß trotz des Widerstandes einiger Lausanner Behörden der gleiche Saal des Casino de Montbenon für den Prozeß gegen Conradi und Polunin dienen muß, in dem vor einem Jahre die feierliche Eröffnung der Orientkonferenz stattfand. Obwohl der Prozeß gegen den Mörder Worowskys offiziell den Rang einer gewöhnlichen Kriminalangelegenheit einnimmt, war es nicht zu vermeiden, daß der Andrang von Presse und Publikum zu den Verhandlungen so stark wurde, daß keiner der Lausanner Gerichtssäle ausreichte, selbst wenn man die Ausgabe der Karten auf das Mindestmaß beschränkte. Mehr als achtzig Journalisten aus aller Welt sind angemeldet, und so müßte sich der Lausanner Gerichtspräsident entschließen, die Verhandlung außerhalb des Gerichtsgebäudes zu verlegen, so schwere Bedenken auch aus Gründen der öffentlichen Sicherheit dagegen geltend gemacht wurden.

Noch einmal, wie schon öfter in früheren Zeiten, wird sich ein schweizerisches Bezirksgericht mit einem Kapitel Weltgeschichte zu beschäftigen haben. Im Jahre 1907 wurde im alten Schloß zu Thun die ganze Geschichte der russischen Revolution aufgerollt, als die russische Generalstochter Tatiana Leontiew vor den Geschworenen des Berner Oberlandes stand, um sich für die Ermordung eines harmlosen Pariser Rentiers zu verantworten, in dem sie den russischen Minister Durnowo erschossen zu haben glaubte. Seltsamer Zufall: auch dieses Drama hatte sich an einer Hoteltafel abgespielt, genau wie die blutige Tat Conradis an Himmelfahrtstage dieses Jahres. Nur die Rollen von Mörder und Ermordeten sind diesmal umgekehrt. Damals war es eine Maximalistin, die einen Minister hatte töten wollen: diesmal ist es ein russischer Offizier (schweizerischer Staatsangehörigkeit), der einen russischen Maximalisten getötet hat, weil dieser der heute in Rußland herrschenden Richtung angehört.

Nimmt man die Dinge philosophisch, so kann man finden, daß der Unterschied minimal ist. Was der Tat Conradis ihre besondere Bedeutung gibt, ist der Umstand, daß die Schüsse, die er im Speisesaal des Hotel Cécil in Lausanne abfeuerte, der Delegation einer Regierung galten, die sich als zu einer Friedenskonferenz eingeladen betrachtete. Darum wird sich vielleicht ein nicht unwesentlicher Teil des Prozesses drehen. Wie lagen denn die Dinge? Die Sowjet-Regierung war zu der Orient-Friedenskonferenz im vorigen Jahre offiziell eingeladen worden, und ihre Vertreter, an der Spitze der russische Außenminister Tschitscherin, hielten am 20. November mit den Delegationen der übrigen Mächte zusammen ihren feierlichen Einzug in den Saal, in dem übermorgen das Tribunal zu tagen beginnt. Monatelang verhandelten sie und ihre militärischen und Marine-Sachverständigen mit den Delegationen der anderen Staaten über die Meerengen-Konvention. Eine bestimmte Erklärung, ob die Moskauer Regierung diese Konvention nach dem Abschluß zu unterzeichnen bereit sein würde, war nicht zu erlangen. Aus diesem Grunde stellten sich die einladenden Mächte der Orientkonferenz, England, Frankreich und Italien, im Anfange der zweiten Konferenz — die am 23. April dieses Jahres begann —, auf den Standpunkt, daß die russische Delegation nur dann als offiziell eingeladen anzusehen sei, wenn sie eine Erklärung über ihre Bereitschaft zur Unterzeichnung dieser Konvention abgäbe.

Während dieser Tage war in gewissen schweizerischen Kreisen von Lausanne eine heftige Bewegung gegen den weiteren Aufenthalt der russischen Delegation auf Schweizer Boden entstanden, die am Sonntag, dem 6. Mai, zu einem Demonstrationsversuch der sogenannten „Ligue nationale vaudoise" im Hotel Cécil führte. Die russische Delegation beharrte aber trotzdem darauf, ihr Recht auf Teilnahme an der Lausanner Konferenz durchzusetzen, und man kann heute, nachdem die Meerengen-Konvention von Rußland unterzeichnet worden ist, annehmen, daß es sich in der Tat nur um einen Rechtsstreit handelte. Die Sowjet-Regierung wollte einfach nicht zugeben, daß sie anders als die anderen Regierungen von der Konferenzleitung behandelt wurde, von denen ja auch keine vor dem Ende der Konferenz zu erklären gezwungen wurde, ob sie dieses oder jenes Abkommen am Ende unterschreiben werde.

Die in Lausanne entfachte Agitation hatte sich inzwischen aber derart verschärft, daß man am folgenden Tage erfuhr, die russische Delegation habe beschlossen, Lausanne Ende der Woche zu verlassen. Alle Welt glaubte an die be-

Französisch-amerikanische Annäherung.

Verhandlungen in Washington.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 6. November.

In französischen amtlichen Kreisen wird es als ein günstiges Symptom bezeichnet, daß der Botschafter Jusserand in Washington gestern fast drei Stunden mit Staatssekretär Hughes eine Unterredung hatte, und daß diese Aussprache in den nächsten Tagen fortgesetzt werden soll. Der Staatssekretär hat den Botschafter ersucht, einige Rückfragen nach Paris zu richten, da die amerikanische Regierung über einige Punkte des französischen Programms noch genauer informiert werden müsse.

Der Quai d'Orsay erhielt, wie ich höre, heute einen ausführlichen Kabelbericht des französischen Botschafters in Washington über seine gestrige dreistündige Unterredung mit dem amerikanischen Staatssekretär. Der Inhalt des Berichts wird natürlich geheim gehalten. Im hiesigen Ministerium des Aeußeren wird betont, daß die Unterhaltung in sehr herzlichem Ton geführt wurde. Man bestätigt, daß Amerika um gewisse ergänzende Mitteilungen über Frankreichs Standpunkt gebeten hat.

Aus offiziösen Andeutungen ist zu entnehmen, daß Poincaré daran denkt, den Wünschen Amerikas entgegenzukommen und die französischen Forderungen für die Einschränkungen der Befugnisse des Sachverständigenausschusses evt. in gewissem Sinne zu mildern

Am Quai d'Orsay wird zu den Meldungen nach denen England, Italien und Belgien in der Ablehnung des französischen Standpunktes einig sind, ausweichend bemerkt, die Frage der Einigung mit den drei verbündeten Staaten trete gegenwärtig ganz zurück vor dem französisch-amerikanischen Meinungsaustausch. Falls es Frankreich, wie man hier hoffe, gelingt, zu einer Verständigung mit Amerika zu gelangen, könne die allgemeine Einigung als gesichert gelten.

whe **London**, 6. November.

Reuter meldet aus Washington, daß der Washingtoner Berichterstatter der „New York Times" von maßgebender amerikanischer Seite dahin informiert worden sei, daß auch nach der Unterredung, die zwischen Hughes und Jusserand stattfand, der Standpunkt der amerikanischen Regierung unverändert geblieben sei, wonach die Union mit den vorgeschlagenen Beschränkungen der Tätigkeit des Sachverständigenausschusses nicht einverstanden sei.

Der Botschafter Jusserand war heute im Laufe des Tages vom Präsidenten Coolidge empfangen worden, und das amerikanische Kabinett wird den vom Botschafter dargelegten Standpunkt Frankreichs eingehend erörtern. Da der Schwerpunkt der politischen Lage durch die direkten amerikanisch-französischen Verhandlungen von London nach Washington verlegt ist, wahrt man in amtlichen englischen Kreisen heute Zurückhaltung in Erwartung eines abschließenden Ergebnisses der amerikanisch-französischen Aussprache